

Absturz in die Alleskrise

06.05.2020, 08:28 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *READ - Rüdenauer Edition Autor Digital*



„Tacheles - Wohin treibt die Menschenwelt?“ (ISBN 978-3-943788-43-3), 9,95 Euro

Geld, das keine Zinsen bringt, treibt viele Menschen in die Spekulation. Aktien und Immobilien wurden bis vor kurzem noch fast täglich teurer und die Spekulanten (wenigstens kurzzeitig) reicher. Andererseits wurden die Menschen im unteren Drittel der Einkommenspyramide real nochmals ärmer. Dafür haben regierungsamtlich ermöglichte Billiglohnjobs und unzureichende Renten gesorgt und werden es – nach augenscheinlichem Willen der Politiker – auch weiterhin tun. Wenn diese selbst üppig versorgten Staatslenker nicht bald aufwachen und aufhören, die falschen zu belohnen, könnten kommende Wahlen herbe Überraschungen bringen.

Die Nimmersatts der Finanz-„Elite“ gehen weiterhin gigantische Risiken ein, vermutlich in der Hoffnung notfalls von ihren Regierungen auf Kosten der Menschen gerettet zu werden, die sich keine Lobby leisten können. Goldman Sachs soll zum Beispiel einen spekulativen Derivatebestand von knapp 50 Billionen (50 000 000 0000 0000) US-Dollar haben.

Sollte das zutreffen, stellt sich die Frage nach der Kontrollinstanz, die dafür sorgen sollte, daß solche enormen Risiken gar nicht erst entstehen. Denn eine keineswegs unwahrscheinliche Schieflage dieser Großspekulantin wäre ein Super-GAU mit globaler Auswirkung.

Die Auswirkungen der politischen Reaktionen auf die Corona-Pandemie dürften die soziale Schieflage in vielen Ländern der Welt beträchtlich und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit politisch riskant verstärken. Geld kostet die Spekulanten gegenwärtig so gut wie nichts und wird zudem von den Notenbanken und durch Kreditaufnahme in rauen Mengen geschaffen. Viel zu wenig davon gelangt aber in die Hände derer, die es am notwendigsten brauchen oder es volkswirtschaftlich produktiv nutzen.

Die Kosten des Lebensunterhalts steigen. Insbesondere die Mieten sind in den letzten Jahren in vielen Gegenden Deutschlands sehr viel stärker gestiegen als die Masseneinkommen. Nur die niedrige Inflation schützt bisher noch Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor ernsthaften finanziellen Engpässen. Viele Rentner und Billigjobber haben allerdings schon jetzt nur noch mit Unterstützung durch das Sozialamt gerade das Nötigste, um Miete und Lebensmittel zu bezahlen. Sollte die ausufernde Geldvermehrung zwecks Coronakrisenbekämpfung die Inflation antreiben, wird es für die Menschen im unteren Drittel der Wohlstandspyramide finanziell eng. Welche politischen Auswirkungen das haben kann, wissen wir aus der Geschichte – wenn wir sie kennen.

Gesicherte soziale Stabilität wäre jetzt das Wichtigste. Die sogenannte Grundrente, in deren praktische Umsetzung gerade das Corona-Virus gegrätscht ist, wird aber nicht generell für ausreichende Renten sorgen. Diese Rentenerhöhung für eine ausgewählte Gruppe von langjährig Versicherten ist insofern eine Farce. Sie müßte korrekt „Außerordentliche Rentenerhöhung für eine Gruppe langjährig Versicherter“ heißen. So begrüßenswert Rentenerhöhungen für benachteiligte Mitbürgerinnen und Mitbürger grundsätzlich sind, so nützt diese leider gerade den Rentnern nichts, die sie aus den verschiedensten Gründen am dringendsten brauchen, weil sie nur Kümmerrenten beziehen. Ihnen fehlt das Geld, um steigende Mieten zu bezahlen und sich wenigstens einigermaßen gesund zu ernähren und angemessen zu kleiden.

Solange die Altersversorgung in Deutschland von den zahlreichen Zufällen auf der Lebensbahn der Menschen abhängig ist, bleibt sie Flickwerk und für allzu viele Mitbürgerinnen und Mitbürger unzureichend. Daß die selbst tüppigst versorgten Politiker an dem bestehenden Flickwerk der Altersversorgung in Deutschland offensichtlich nichts ändern wollen und die zahlreichen verschiedenen Ursachen entstammenden Kümmerrenten in Kauf nehmen, ist nicht nur eine Schande, sondern könnte sich bald schon als gefährliche politische Zeitbombe herausstellen. Verantwortungsvolle Sozialpolitik sieht anders aus.

Die gegenwärtige Weltfinanz- und -wirtschaftskrise sollte die Politiker antreiben, das soziale Problem in Deutschland endlich ein für alle Mal zu lösen. Wie das aussehen könnte, wurde in einer vor Jahren erschienenen und an dieser Stelle bereits mehrfach erwähnten Studie mit dem Titel „Unbedingtes individuelles Grundeinkommen in Gestalt einer negativen Einkommensteuer - Kernstück einer unvermeidlichen Radikalreform unserer Gesellschaft“ skizziert und an dieser Stelle bereits vorgestellt. Mit einem Grundeinkommen als negative Einkommensteuer, so bemessen, daß damit alle deutschen Bürgerinnen und Bürger im Falle von Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit sowie im Alter (anstelle der Rente) auf mittlerem Rentenniveau leben können, würde nicht nur ein gerechtes und kostengünstig zu administrierendes Rentensystem geschaffen, sondern endlich der in unserem an Reichen so reichen Land so erbärmlich vernachlässigten sozialen Gerechtigkeit nachhaltig aufgeholfen.

In Zeiten weltwirtschaftlichen Niedergangs, wie wir sie derzeit erleben, würde ein solches Grundeinkommen auch dazu beitragen, die Binnennachfrage und damit die Wirtschaftstätigkeit zu stabilisieren. Die derzeit politisch Mächtigen haben daran aber augenscheinlich keinerlei Interesse; sie dienen lieber denen, die ohnehin mehr als genug haben und vor allem an billigen Arbeitskräften und Subventionen interessiert sind. Sie werden dafür triftige Gründe haben.

Sparer bekommen seit langem schon keine Zinsen mehr für ihr Geld (oder müssen sogar noch Zinsen bezahlen). Mangelhafter staatlicher Altersvorsorge kann deshalb seit Jahren schon niemand mehr mit privater Vorsorge begegnen – es sei denn, er erfreute sich eines dafür genügenden, sehr hohen Einkommens und würde einen nennenswerten Teil davon sparen. Aber aus Geld mehr zu machen, gelingt derzeit allenfalls noch durch Spekulation – wenn diese glücklich ausgeht. Spekulieren ist jedoch in unserer von Krisen geschüttelten Menschenwelt inzwischen hochriskant geworden und eigentlich nur noch denen gefahrlos möglich, die das gegen Provision mit anderen Leute Geld tun.

Die verfügbaren Einkommen der Bevölkerungsmehrheit werden in nächster Zukunft – wenn sie nicht stagnieren oder gar sinken – allenfalls noch sehr moderat wachsen. Diejenigen – in Deutschland rund ein Drittel der Bevölkerung – die nicht selten nur mit Mühe gerade das verdienen, was sie zum wirtschaftlichen Überleben brauchen, werden darunter besonders leiden. Die jahrelange Hochkonjunktur und die Explosion der Vermögenspreise mag Bessergestellten die Taschen gut gefüllt haben. Das untere Drittel ihrer Landsleute sieht allerdings infolge steigender Arbeitslosigkeit jetzt existenziellen Problemen entgegen. Die Corona-Pandemie trifft inzwischen auch große Teile des Mittelstandes. Aus unserer Geschichte wissen wir, wie gefährlich das politisch werden kann.

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu mildern, hat die Bundesregierung ihre Scheu vor neuen Schulden kurzerhand über Bord geworfen. Ihre ebenso starke Scheu vor einer Einkommensteuerreform, die endlich für eine gerechtere Verteilung der Steuerlast sorgen und den unteren Mittelstand entlasten sollte, besteht aber hartnäckig weiter. Das könnte sich künftig als katastrophale Fehlleistung erweisen.

Prof. Querulix beobachtet und kommentiert seit langem mit wachsender Sorge um Frieden, Freiheit und das allgemeine Wohl der Menschheit das fragwürdige Treiben der Menschenteile, insbesondere das ihrer Alphas. Seine Beobachtungen dokumentiert und kommentiert er in der eBook-Reihe „Tacheles“, in der bisher 7 Bände erschienen sind. Der jüngste trägt den Titel: „Rien ne vas plus – Wohin treibt die Menschenwelt?“ (ISBN 978-3-943788-43-3). Wie seine 6 Vorgänger ist auch dieser Band in allen gut sortierten (Internet-)Buchhandlungen für 9,95 Euro zu haben.

READ Pressestelle

Portrait

READ – Rüdener Edition Autor Digital - Praxisorientierte Fachliteratur für berufliche und politische Kommunikation und Führung sowie zeitlos-zeitkritische Aphorismen und Gedichte von Prof. Querulix.

News-ID: 1086311 • Views: 381 (Stand: 12.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/1086311/Absturz-in-die-Alleskrise.html>